



Nr. 146.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Einzelnenpreis: Die kleinste Seite 20 Pfg., Reklamen 20 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag den 27. Juni 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarnbereich M. 2.75, im Fernbereich M. 2.85, Beleggeld 30 Pfg.

Neue Butschversuche im Reich.

Nach der Annahme der Friedensbedingungen.

Der schwerste Schritt.

Berlin, 26. Juni. Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Baezel haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und persönlich schwersten Opfer nicht entziehen zu können.

Die Mitglieder der Reichsregierung, die gestern mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages beauftragt worden sind, haben gestern Abend ihre Reise nach Versailles angetreten.

Die Diktatoren.

Paris, 26. Juni. (Havas.) Die „Temps“ meldet, beschloß der Vlererrat, die deutsche Regierung aufzufordern, binnen kürzester Frist eine mit weitgehenden Vollmachten versehene Abordnung zur Unterzeichnung des Vertrages nach Versailles zu entsenden.

Der Termin der Unterzeichnung.

Verailles, 26. Juni. Der Oberste Rat der Alliierten hat eine Meldung des „Temps“ zufolge beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Samstag, den 28. ds. Mts., 8 Uhr nachmittags festzusetzen. Die Vollmachten der deutschen Delegierten werden am Samstag Vormittag geprüft werden. Wie der „Temps“ meldet, ist es wenig wahrscheinlich, daß Poincaré der Unterzeichnung des Friedensvertrages beizuwohnen wird. — Die Regierung hat beschlossen, die Siegesfeier am 14. Juli anlässlich des Nationalfestes abzuhalten. Das Programm für die Feier wird demnächst festgelegt werden. — Wie „Populaire“ berichtet, haben die Telegraphisten des Pariser Haupttelegraphenamtes heute Vormittag die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen sofortige Erhöhung der Gehälter. Ferner haben sie beschlossen, mit dem Verbands der Postbeamten und Agenten, sowie mit den Deputierten durch eine Delegation Fühlung nehmen zu lassen.

Der französische Nachgeiz.

Verailles, 26. Juni. Im Anschluß an die beiden alliierten Noten über Scapa Flow, Fahnenverbrennung und Polen, welche heute morgen von der Presse im Wortlaut veröffentlicht wurden, schlagen die Blätter einen außerordentlich scharfen Ton gegen Deutschland an. Es kommt noch hinzu, daß eine gewisse Erregung darüber herrscht, daß die neue Delegation, welche den Vertrag unterzeichnen soll, der Presse noch nicht bekannt ist. — „Matin“ schreibt heute: Wer könnte denn Deutschland in seiner unerträglichen Haltung, welche es sogar noch, bevor es den Vertrag unterzeichnet hat, einnimmt, bestrafen? Es muß die Frage aufgeworfen werden, denn diese Tatsachen sind mehr als befremdend. Noch haben wir ein gewaltiges Heer in Deutschland stehen. Andererseits hätte Deutschland gerade jetzt das größte Interesse daran, uns an seinen guten Willen, seine loyalen Dispositionen glauben zu lassen. Trotz dieser beiden Umstände verfolgt es eine Politik bald der Untätigkeit, bald machiavellischer Komplote, bald unverschämter Herausforderung. Kraft der Untätigkeit denkt die Berliner Regierung, ihr Spiel zu treiben, bis der Führer der alliierten Länder, welcher in Versailles darauf wartet, daß man ihm die deutsche Delegation zur Unterzeichnung schicke, lächerlich geworden ist. Daneben listet Deutschland gegen Polen Verschwörungen an und begeht herausfordernde Handlungen durch die Verankerung der Kriegsschiffe in Scapa Flow und Verbrennung französischer Flaggen in Berlin. Die beiden Noten herüber sind im Grunde von seltsamer Schwäche. Sie sprechen nicht die Sprache, welche Deutschland versteht. Man hätte Deutschland sagen müssen: Du hast die Flotte zerstört, welche 1 1/2 Milliarden Wert hat. Du wirst diese 1 1/2 Milliarden binnen 6 Wochen zahlen, ungeachtet aller anderen Zahlungen, oder wir nehmen Essen als Pfand. Man hätte ihm sagen müssen: Wenn irgend ein Anschlag in dem Polen zugewiesenen Gebiete erfolgt, oder wenn die Räumung dieses Gebietes nicht in der vorgeschriebenen Frist stattfindet, wird einer oder werden mehrere deutsche Häfen von der Entente besetzt werden. Aber die Deutschen langfristige bedrohen, ihnen sagen, daß ihre letzten Verbreden, was Rechnung anlangt, zu den früheren Verbreden gerechnet werden sollen, ist genau so, als wenn man einige Hundert Francs auf das Konto eines Schuldners schreibt, welcher Millionen schuldet und entschlossen ist, sie nicht zu bezahlen. Alle unsere Zugeständnisse und Noten machen uns lächerlich. Sie schaden Deutschland selbst, denn sie ermutigen unverbesserliche Fanatiker, welche dieses Land bereits in die Katastrophe gestürzt haben und

ihm neues Unheil bringen werden, wenn man den gesunden Elementen der Nation nicht die Macht gibt, sich ihrer zu entledigen.

Die ersten Zeichen der Versklavung.

Berlin, 26. Juni. Wie die „D. Z.“ erfährt, hat die Entente heute dem Gesandten von Hantel zwei Noten überreichen lassen, deren eine sich auf die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und auf die Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin bezieht. Die alliierten und assoziierten Mächte erklären darin u. a., daß sie von diesen Taten als Zeichen bösen Willens Kenntnis nehmen und daß sie sofort nach Beendigung der Untersuchungen notwendige Wiedergutmachungen fordern würden. Eine Wiederholung solcher Akte müßte eine sehr unglückliche Wirkung auf die künftige Ausführung des Friedensvertrages haben. Deutschland werde sich nicht belügen dürfen, wenn die alliierten und assoziierten Mächte alle Mittel, die ihnen durch den Vertrag, insbesondere durch den Artikel 429, zugewilligt sind, in Anwendung brächten. Die zweite Note bezieht sich auf die angeblichen deutschen Drohungen gegen die Polen. Die Entente weist darauf hin, daß sie die deutsche Regierung in aller Form dafür verantwortlich macht, dafür zu sorgen, daß von dem in dem Vertrage bestimmten Zeitpunkt an alle Truppen und alle deutschen Beamten aus dem abzutretenden Gebiete zurückgezogen werden und daß etwaigen Insurgenten in diesem Gebiete keine Unterstützung zuteil wird.

Paris, 25. Juni. Reuter meldet: Clemenceau erklärte in einer Note an die deutsche Delegation: Die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow sei eine Verletzung der Artikel 23 und 31 des Waffenstillstandsvertrages, ein grober Vertrauensbruch und ein vorsätzlicher Bruch der Friedensbedingungen, ehe sie noch in Kraft treten. Die Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin sei genau dieselbe Verletzung. Die Alliierten würden sich Genugtuung verschaffen und die Verfolgung derjenigen Personen, welche das verursacht haben, durch ein kriegsgerichtliches Verfahren einleiten. Jede Wiederholung derartiger Handlungen müsse die unglücklichsten Folgen für die Durchführung des Vertrages haben.

Der Deutsche vogelfrei.

Verailles, 26. Juni. Die Verhaftung des Vertreters der „Deutschen Tageszeitung“ in Versailles, Wilhelm Scheuermann, der als Mitglied der Pressegruppe der deutschen Delegation von der französischen Regierung zugelassen wurde, veranlaßt die der Pressegruppe angehörenden Journalisten, folgendes festzustellen: Das Vorgehen gegen unseren Kollegen Scheuermann verstößt gegen das Völkerrrecht, da er Mitglied einer exterritorialen Delegation ist und macht unsere fernere journalistische Arbeit im Rahmen der Delegation in Versailles unmöglich. Wir glauben deshalb, nicht nur im Interesse der deutschen Presse, sondern im Interesse der gesamten Welt zu handeln, wenn wir erklären: Sollte unser Kollege Scheuermann bis morgen Abend 7 Uhr aus der Haft nicht entlassen, oder genügende Erklärung über den Vorfall nicht erfolgt sein, dann sind wir genötigt, Versailles zu verlassen. Wir dürfen wohl erwarten, daß diese unsere Erklärung auch von der neutralen Presse weitergegeben wird.

Berlin, 26. Juni. Die Verhaftung des Vertreters der „Deutschen Tageszeitung“ in Versailles, Scheuermann, hat, wie das „Berliner Tageblatt“ dem „Journal“ meldet, ihren Grund darin, daß Scheuermann unter der Beschuldigung des Diebstahls und der Plünderung, begangen 1916 im besetzten Gebiete (!) steht. Nach demselben Blatt erklären Journalisten, die Scheuermann aus dieser Zeit kennen (er war im Westen als Kriegskorrespondent tätig), diese Beschuldigung sei vollkommen unwahr.

Das Schicksal der Ostmark.

Bromberg, 26. Juni. Eine von der Deutschen Vereinigung für den vergangenen Dienstag einberufene Versammlung fand wegen des starken Besuchs im Hofe der Knabenmittelschule statt und gestaltete sich zu einer mächtvollen Kundgebung des Bromberger Deutschlands. Die erste Sorge der Stunde hatte Tausende deutscher Männer und Frauen herbeigeführt, um aus dem Munde des Führers und Obmannes der deutschen Volksratsbewegung von Posen, West- und Ostpreußen, Geh.-Rat Kleinow, zu vernahmen, was unter der veränderten Sachlage zu tun sei, um Helma und Volkstum vor den drohenden Gefahren zu retten. Geh.-Rat Kleinow schilderte die Umstände, die zum Zusammenbruch des Widerstandes der Regierung und entgegen den gemachten Zusicherungen zur Preisgabe der Ostmark geführt haben. Die Stimmung, die jetzt im Grenzdistrikt herrsche, sei die eines ungeheuren Bitterkeit und Verzweif-

lung. Umso mehr gelte es nun, daß die Ostmarkdeutschen Mächtigem und festen Willen beweisen. In zahllosen Kundgebungen bezeuge die Grenzwehr, daß sie unerschütterlich stehe, um die deutsche Erde zu schützen. Doch müßten, da die Ostmark nun doch hauptsächlich auf sich selbst gestellt sei, die verantwortlichen Führer auch jene Möglichkeiten erwägen, die durch Verhandlungen gegeben seien. Es sei die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks, zu versuchen, mit den polnischen maßgebenden Faktoren zu einer Verständigung zu gelangen, die den Deutschen der Ostmark eine volle Gleichberechtigung durch die Gewährung einer Selbstverwaltung auf kulturellem und politischem Gebiet dauerhaft garantiere. Nur dann dürften die Deutschen der Ostmark dem Gedanken näher treten, die Waffen aus der Hand zu legen. Aus den Versicherungen der nachfolgenden Redner ging unzweifelhaft hervor, daß Geh.-Rat Kleinow durch seine besonnene Haltung in den letzten Monaten und auch in dieser Stunde ernstester Gefahr die Masse der Ostmarkdeutschen hinter sich habe. Es war ein fester Augenblick, als einer der Redner dem Führer der Volksratsbewegung das Vertrauen der deutschen Ostmark aussprach und ihm namens der Versammelten gelobte, in allem zu folgen, was da wolle. Ihren Ausklang fand die Versammlung durch die Annahme folgender Entschlüsse: Eine nach Tausenden zählende Versammlung aller Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung hat folgende Entschlüsse angenommen: Nachdem die Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag des Ententes angenommen hat, haben wir keine Möglichkeit mehr, für unser Verbleiben beim Deutschen Reich einzutreten. Umso mehr sind wir bereit, für unsere nationalen Rechte zu kämpfen. Wir verlangen, daß unsere militärische Macht in vollstem Umfang aufgebracht wird, um diese Rechte zu sichern. Wir fordern daher, daß der militärische Führer sich findet, der die Truppen einheitlich zusammenfaßt. Wir wollen keinen Angriff gegen die Polen; verlangen aber die nachdrücklichste Verteidigung gegen jeden polnischen Angriff. Wir verlangen, daß die Waffen erst dann aus der Hand gelegt werden, wenn uns nicht nur die Polen, sondern auch die Entente unsere Gleichberechtigung durch Vertrag zugesichert haben.

Keine gefährliche Gefühlspolitik im Osten.

(W.B.) Berlin, 26. Juni. Oberschlesische und französische Blätter bringen eine Warschauer Drahtmeldung, wonach die polnische Gesandtschaft in Wien folgende angeblich aufgefangene Runddepesche der deutschen Regierung in Händen habe: „Die Regierung wird unterzeichnen. Trotzdem werden Herzog für Schlesien, Winnig für Ost- und Westpreußen den Krieg gegen Polen erklären. Die Regierung wird sich offiziell widersetzen, inoffiziell aber das Unternehmen mit allen Kräften unterstützen.“ — Mit allem Nachdruck wird festgestellt, daß die Reichsregierung solch ein Telegramm nie abgefaßt und solch eine Haltung nie eingenommen hat. Ihr ist es nach dem furchtbaren schweren Entschluß der Unterzeichnung unbedingt ernst mit der Durchführung des Vertrages. Allerdings kommt dieser ihr unveränderliche Entschluß ohne ihre Schuld in ein zweifelhaftes Licht, wenn einzelne, wie z. B. der General Hoffmann, erklären, daß sie auch gegen den Willen der Regierung die Bestimmungen des Vertrages nicht anerkennen und sich ihm mit Gewalt widersetzen werden. Gegen General Hoffmann ist bereits das Erforderliche veranlaßt worden. Die Korrespondenz, die sich nicht gescheut hat, das Reichsinteresse durch Verbreitung der Hoffmannschen Kundgebung schwer zu schädigen, hat der Reichswehrminister verboten.

Die systematische Propaganda der Franzosen auf Lothringen des linken Rheinufer.

Amsterdam, 26. Juni. Der Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ im Rheinland schreibt aus Köln, er erfahre aus Kreisen, die von den Plänen der Entente vollständig unterrichtet seien, daß die Franzosen sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine große Propaganda zugunsten der Lothringung der linksrheinischen Gebiete von Preußen veranstalten wolle, in der Absicht, einen selbständigen Staat zu errichten. Die Engländer werden nach Informationen des Korrespondenten nichts dagegen unternehmen. In der Bestimmung über die Befreiung der Rheinlande, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden sollen, ist alles vorbereitet, was dem Plane der Franzosen förderlich sein kann. Es ist nicht beabsichtigt, auch rechtsrheinisches Gebiet diesem Zukunftsstaate anzugliedern. Das Lothringische, womit man die linksrheinische Bevölkerung gewinnen will, besteht in Vorrechten bei der Lebensmittelversorgung und in anderen Zugeständnissen wirtschaftlicher und po-

ausgestossen,
Willy. Tell)
ds 8 Uhr
r =
linden,!“
Hofes“.
tigkeit wird
reien der
n Ein-
lich un-
m Wege
danken
ches Er-
Aik.
ir den
amtsbezirk
Calw
Pfg. erhältlich.
Schneider,
he 168.
sämtl.
arderobe
den, Auf-
sbestern.
und Kinder-
angenommen.
ienung, billige
ife.
hrbuch
Länge M. 2.50.
Nünchen 23/60.
te alles
Zucht-
Kind
2 die Wahl,
reib, Wagner,
hengitett.
Milk-
Schweine
reitag Mittag
zur Krone,
heim.
milien-
us
er, Elektr. Licht
Obstgärten, wird
nfen gesucht
per sofort oder 1.
bote mit Preis-
öhe bittet man
isstelle des Pl.

ungetragener Natur. Das Late Mahamet wird so behandelt werden, daß das Mitterfängerecht Preußens außer in einigen unbedeutenden normalen Fragen vollständig ausgeschaltet wird. Frankreich hoffe, auf diese Weise die Bevölkerung für die Postreinnung der Provinz vom Reiche zu gewinnen.

Die Heidenopfer bei der Versenkung der deutschen Flotte.

Amerikaner, 26. Juni. Dem „Rally News“ vom 24. Juni wird aus Charlo gemeldet, daß die Schätzungen über die Verluste der Deutschen bei der Versenkung der Schiffe sehr auseinandergehen. Nach einem Bericht sollen 100 Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere Hundert.

Ein englisches Luftschiff über Bremerhaven.

Berlin, 27. Juni. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Bremen berichtet: In der letzten Nacht gegen 12 Uhr wurde in Bremerhaven ein von See kommendes Luftschiff bemerkt, das über Bremerhaven und Greifmünde kreuzte und darauf wieder verschwand. Es ließ in der Luft den Scheinwerfer spielen und man konnte deutlich am Bug des Schiffes die Buchstaben S. C. 34 lesen. Es handelt sich anscheinend herbei um ein englisches Luftschiff. — Wir haben uns jetzt alles gefallen zu lassen. In der Hinsicht werden wir noch manches erleben.

Eine englisch-amerikanische Militärkonvention.

Die Folgen des Gewaltlebens werden nicht allein für Frankreich, sondern auch für England und die Vereinigten Staaten erhebliche militärische Rüstungen sein. Das hat General March, der Chef des amerikanischen Generalstabs, wie aus einem Washingtoner Telegramm der „Morning Post“ hervorgeht, vor einigen Tagen dem Militärattaché des Senats eingeschrieben. March berichtete nämlich, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ein Abkommen (agreement) abgeschlossen haben, nach welchem die beiderseitigen Heere bis auf weiteres eine Stärke von 500 000 bzw. 320 000, d. h. in beiden Fällen die vierfache Vorkriegsstärke, behalten müssen. Das sei für beide Länder notwendig, um die erforderlichen Besatzungsheere stellen zu können. March gab an, daß die Vereinigten Staaten voraussichtlich eine Besatzungsarmee von 225 000 Mann, oder 5 Divisionen, unterhalten werden. — Vielleicht dämmert es jetzt auch dem nahen deutschen Gemüt, daß es sich bei den Wilsonschen Völkerbündnerklärungen nur darum handelte, das deutsche Volk zu betrügen, um es besser und schneller erledigen zu können. Die Schrift.

Der neuerrichtete amerikanische Militarismus.

(W.B.) Washington, 26. Juni. (Reuter.) Für den Dienst in Europa haben sich 70 000 Freiwillige gemeldet. Diese Zahl ist ausreichend zum Ersatz der Mannschaften der Besatzungsarmee, die entlassen wurden. Der Senat hat die Heeresvorlage angenommen, wodurch ein Kredit von 888 Millionen Dollars für die Unterhaltung einer Armee von 400 000 Mann bewilligt wird.

Eine Wiener Stimme zum Rücktritt Hindenburgs.

(W.B.) Wien, 26. Juni. Die Meldung vom Rücktritt Hindenburgs gibt den Blättern Anlaß, den deutschen Helden des Weltkrieges in herzlichen und ehrenden Worten zu feiern. Die „N. Freie Pre.“ schreibt: Nach dem unerhörten Niedergang Deutschlands hat die Gestalt Hindenburgs nichts von ihrer Würde eingebüßt, nichts von dem, was den Großen aus der Masse heraus hebt und ihm das Siegel der Unsterblichkeit verleiht. In dem Tage, da seine weltgeschichtliche Laufbahn zu Ende ist, wünscht ihm ganz Deutschland und Deutsch-Oesterreich, daß ihm das Schicksal ein ruhiges Alter zuteil werden lasse und es ihm vor allen Dingen gönnen möge, daß er den Wiederanstieg des Volkes sehe.

Neue Putzverjuche.

Die Plünderungen in Berlin.

Schöneberg, 27. Juni. Gestern Abend wurde von Plünderern ein Konfektionsgeschäft und ein Bäckerladen in der Hauptstraße erplündert. Hierauf wurde die Menge in die Nebenstraßen gedrängt, wo sie die Plünderungen fortsetzte. Von der Bürgerwehr wurden Schüsse abgegeben und Handgranaten geworfen. Gegen 10 Uhr kamen zwei Kompanien Regierungstruppen mit Maschinengewehren an und besetzten den Kaiser-Wilhelmsplatz und die Hauptstraße. — Im „Vorwärts“ heißt es: Es kann kaum einen Zweifel geben, daß die Plünderungen und Ausschreitungen, die in Hamburg, Berlin und verschiedenen Orten des Reiches stattgefunden haben, von gewissenlosen Drahtziehern vorbereitet worden sind und daß die jetzt nach außen hin als Uebelthäter Erscheinenden häufig genug nichts anderes als die verführten Opfer sind. Deutschland steht unter dem Druck der größten Niederlage, die jemals von einem unbarmherzigen Feinde einem Volke bereitet worden ist. Jetzt müssen alle diese Kräfte im Lande zusammenstehen, um uns aus dem Unglück herauszuarbeiten. Jetzt ist Einigkeit, Geschlossenheit und ungehörte Arbeit aller Willigen am Platze. — In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird gesagt, eine Regierung, die gegen den Plan, an Stelle des Krieges mit dem Feinde einen Bürgerkrieg zu setzen, nicht die höchsten Maßnahmen anwenden würde, die nicht taufällig zugriffe, wären Mächtigkeiten ein Ende zu bereiten und sie zu verhindern, würde pflichtvergessen sein und hat jedes Verantwortlichkeitsgefühl verloren. Jeder Schuß, der in Hamburg fällt, jeder Eisenbahnzug, der nicht fahren kann, ist ein Schritt rückwärts auf dem Wege, den wir gehen müssen.

Plünderungen in den Hauptstädten der Provinz Brandenburg.

Frankfurt a. Oder, 26. Juni. Nachdem bereits in den gestrigen Morgenstunden auf dem Obst- und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, ging der Mob am gestrigen Spätabend im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen zu schweren Ausschreitungen über. Er zog vor das Gefängnis und befreite die Gefangenen, darunter einen Mörder. In der Stadt plünderte die Menge eine größere Zahl von Läden und Warenhäuser, sowie mehrere Restaurants und Kaffees. Als Regierungstruppen einschritten, war ein

Unfälle Bekanntmachungen. Erlaß des Demobilisierungskommissars betreffend die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen.

Es ist dem Arbeitsministerium in den letzten Tagen bekannt geworden, daß, obschon seit dem Erlaß der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1456) 6 Monate, der Vollzugsverfügung des Arbeitsministeriums vom 22. Febr. ds. J. (Staatsanzeiger Nr. 47.) 4 Monate verstrichen sind, doch noch nicht in allen Betrieben die Wahlen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vorgenommen worden sind. Die Inhaber der noch rückständigen Betriebe werden hiemit aufgefordert, unverzüglich die vorgeschriebenen Wahlen zu veranlassen. Geht sämliche Betriebsinhaber müßte von jetzt ab auf Grund des § 8 der Verordnung über wirtschaftl. Demobilisierung vom 7. Nov. v. J. (R. G. Bl. S. 1292) mit empfindlichen Geldstrafen (bis zu 100 000 Mark) eingeschritten werden.

Stuttgart, den 23. Juni 1919.

Der Demobilisierungskommissar: J. B.: Reck.

großer Teil des Unglücks schon geschehen. Auf dem Markt sind zahlreiche Läden, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte, geplündert und zerstört worden. Der Schaden ist vorerst noch unübersehbar. Es scheint, das fremde Elemente bei der Ausschreitung die Führung übernommen hatten. Ueber Menschenverluste ist noch nichts bekannt.

Landesberg a. d. Warthe, 26. Juni. In der letzten Nacht ist es hier zu schweren Unruhen gekommen. Nachdem sich Menschenmassen auf dem Markt angesammelt hatten, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren, wurde zur Plünderung des Probiantamtes aufgeleitet. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Türen ein und begann das Probiantamt zu plündern. Polizei und Feuerwehr waren machtlos. Eine Abteilung des Feldartillerieregiments Nr. 54 mußte bald die Waffen strecken. Das ganze Probiantamt wurde ausgeplündert. Der Schaden beträgt weit über eine halbe Million. In den Morgenstunden zog die Menge dann zu den Bahnhöfen, die von der Stadt zur Lebensmittelausgabe und Niederlage verwendet werden. Auch dort wurde eingebrochen und geplündert. Futtermittel, Schmalz und Fett wurden geraubt. Heute vormittag ist die Plünderung des Probiantamtes noch in vollem Gange. Hafer wird waggenweise weggeführt. Das gesamte Bedergzeug ist geraubt. Militärische Hilfe konnte bisher noch nicht herangezogen werden. Die Bäckereien sind heute früh von der Menge gestürmt worden, so daß Landesberg mittags ohne Brot ist. Für die Nachmittagsstunden sind weitere schwere Unruhen zu erwarten.

Der Plan in Hamburg.

Berlin, 26. Juni. Die Unruhen in Hamburg stellen sich, wie wir hören, als ein Teil großangelegter Aufstandsversuche dar, der über ganz Deutschland hin verbreitet war. In Hamburg ist jedoch die Bewegung den Führern zu früh aus den Händen geglitten. Weder die Hamburger Bevölkerung weiß, wozu sie gebraucht werden sollte, noch die Mitglieder der Zivilschutzkommission. Die eigentliche Leitung hält sich im Hintergrunde. So ist Hamburg das Opfer eines politischen Planes geworden. Es soll bisher 40 Tote und entsprechend zahlreiche Verwundete gegeben haben.

Energische Haltung der Regierung gegen die Hezer zum Bürgerkrieg.

Berlin, 26. Juni. Im Verlaufe der letzten Nacht ist festgestellt worden, daß zwischen den Leitern des Hamburger Aufstandes und den Mitgliedern des Berliner Volksrates eine Verbindung hergestellt war. Von Hamburg aus wurde nach Berlin die Mitteilung in der Nacht gesagt, daß gehofft werde, jetzt von Hamburg aus die zweite Revolution über das ganze Reich heute einzuleiten. Darauf ist von Berlin aus aus dem Hause des Berliner Volksrates heraus geantwortet worden: Bravo! und hinzugefügt worden: Wir werden sehen, ob wir heute noch Vertreter nach Hamburg absenden können. Es steht weiter fest, daß von Hamburg nach Berlin die Mitteilung gegeben wurde und zwar wieder nach dem Amtssitz des Berliner Volksrates: in Hamburg solle eine großartige Bewaffnung des Proletariats durchgeführt werden, um Hamburg in einen Verteidigungszustand zu setzen, der es ermöglichen werde, einen großzügigen Kampf gegen die Truppen durchzuführen, welche von der Regierung in Hamburg eingesetzt worden sind. Es war selbstverständliche Pflicht der zuständigen Stellen, derartige Bestrebungen, die zur Folge haben könnten, daß unabsehbares Unglück über die Stadt hereinbricht, im Keime zu ersticken. Deswegen wurde der Befehl gegeben, die kommunistischen und unabhängigen Mitglieder des Berliner Volksrates zu verhaften und in den Geschäftsräumen des Berliner Volksrates Hausdurchsuchung abzuhalten. Nachdem festgestellt worden war, daß keiner der in Haft Genommenen die fraglichen Telefongespräche mit Hamburg geführt hat, wurden alle Effizienten vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Zustand in Hamburg muß schon aus dem Grunde schnell und energisch beendet werden, weil die Lebensmittelversorgung Deutschlands in der Hauptsache über Hamburg erfolgt.

Unerfüllbare Forderungen der preussischen Eisenbahner.

Berlin, 27. Juni. Bei den Verhandlungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zwischen der Regierung und den Eisenbahnerführern der Finanzminister Dr. Sabelum aus, daß die Forderungen der Eisenbahner nicht erfüllbar seien. Eisenbahnminister Defer bedauerte, daß schon Teilschritt ausgebrochen seien, noch bevor die Verhandlungen begonnen hätten. Auch er erklärte die Forderungen als unerfüllbar. Der gesamte Mehrbedarf betrage 3 700 000 000 M., der Fehlbetrag für 1919 3 403 000 000 M., das gesamte Defizit also 7 100 000 000 M. Wenn die Forderungen erfüllt werden sollten, müssen zunächst 200 000 Personen entlassen werden, da durch die Tarifserhöhungen nur ein kleiner Teil der Riesensumme aufgebracht werden könnte. Die Frage, die bis zum 1. April 1918 z. B. 100 M. betrug, müßte jetzt auf 435 M. erhöht werden und der Personal-

zahl müßte eine übermäßige Steigerung von 100 Prozent erfahren. Reichsminister Reinhardt gab bekannt, daß in den Büros der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in welchem provisorisch das Büro des Zentralrates des Eisenbahnerverbandes untergebracht ist, heute ein Flugblatt der kommunistischen Partei Deutschlands in einer Auflage von 500 000 Exemplaren gefunden worden, in welchem unter anderem zum Sturze der Regierung aufgefordert wird. Die Verhaftungen von Mitgliedern der Bezirksleitung seien wieder rückgängig gemacht worden, nachdem sich der Bezirksleiter Schulz dafür verbürgt hatte, daß niemand von der Bezirksleitung mit diesem Flugblatt etwas zu tun habe und ebenso das Mitglied Förster vom Zentralrat, der ebenfalls die Erklärung abgab, von dem Flugblatt keine Kenntnis gehabt zu haben. Wenn die Verhandlungen zum Abschluß kommen werden, ist noch ganz unbestimmt. Die Streiklage schien spät abends unverändert zu sein.

Vermischtes.

Zurückhaltung französischer Sozialisten in England.

London, 26. Juni. (Reuter. — Unterhaus.) Shortt erklärte, infolge einer aus Frankreich erhaltenen Mitteilung, daß sich die französischen Delegierten zu der Arbeiterkonferenz nach Southford begeben wollten, seien zwei Delegierte in Folkestone und vier andere in London zurückgehalten worden. Später erhielten sie die Nachricht, daß sie sich nach Southford begeben dürften. Während letztere dies taten, zogen die beiden Delegierten, die in Folkestone an der Weilerreise verhindert worden waren, es vor, nach Paris zurückzukehren.

Die neuen Steuern.

(W.B.) Weimar, 26. Juni. Der Nationalversammlung sind folgende Gesetzentwürfe zugegangen: Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919, Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes, Entwurf eines Rayonsteuergesetzes, Entwurf eines Vergütungssteuergesetzes, Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes, Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Zucksteuer, Entwurf eines Spielwarensteuergesetzes, Entwurf eines Spielkartensteuergesetzes.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Juni 1919

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhne hielt gestern nachmittag der neugewählte Gemeinderat seine erste Sitzung ab. Der Vorsitzende begrüßte die neuereitenden Mitglieder des Kollegiums und wies sie dann auf die Veränderungen hin, die das neue Gemeindegesetz bezüglich der Gemeindeverwaltung geschaffen hat. Infolge der Abschaffung des Bürgerausschusses habe der Gemeinderat für sämtliche Beschlüsse die Verantwortung allein zu übernehmen, wodurch diese erheblich gestiegen sei. Der alte Gemeinderat habe es deshalb auch für notwendig erachtet, die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats soweit als zulässig zu erhöhen, so daß der neue Gemeinderat 20 Mitglieder zähle gegenüber 15 im alten. Das alte Kollegium habe sich auch noch mit dem Gedanken beschäftigt, eine gemeinderätliche Verwaltungsabteilung zu schaffen, die Arbeiten mehr oder weniger formaler, verwaltungstechnischer Natur erledigen könnte, um dem Gesamtkollegium die Möglichkeit zu geben, die wichtigsten Aufgaben desto eingehender behandeln zu können, und ihm die Zeit so einzusparen, die für solche rein formale Erledigungen sonst aufgewendet werden müßte. Der Vorsitzende gab sodann einen längeren Ueberblick über die dem Kollegium bevorstehenden Aufgaben. Das Finanzwesen der Stadt werde sich in der Zukunft sehr ungünstig gestalten infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse. Die Notstandsarbeiten hätten angefangen der hohen Materialkosten und Löhne große Summen erfordert; allerdings müsse zugegeben werden, daß ein großer Teil der ausgeführten Arbeiten habe durchgeführt werden müssen. Es wäre jedoch zu wünschen, wenn mit den Notstandsarbeiten mehr und mehr zurückgehalten werden könnte, obwohl andererseits zu befürchten sei, daß sich in nächster Zeit die Erwerbslosigkeit noch steigern werde. In den kommenden Monaten und Jahren müsse man sich aber zur Nichtspur machen, größte Zurückhaltung und Sparsamkeit bei den Gemeindeausgaben zu üben. Der neue Voranschlag dürfe in den nächsten acht Wochen fertig gestellt sein; heute aber könne schon gesagt werden, daß auch bei größter Sparsamkeit sich die Notwendigkeit ergeben werde, sowohl die Umlage auf das Gewerbesteuer als auch die Gemeindefinkommenssteuer zu erhöhen. Die Leuerung, die durch den Warenmangel und die Geldentwertung hervorgerufen worden sei, habe wohl noch nicht einmal den Höhepunkt erreicht. Die Ausgaben für Löhne, Gehälter und Materialien seien immer noch im Steigen begriffen. Es liegen schon wieder Gesuche der Notstandsarbeiter und städt. Arbeiter um Lohnserhöhung vor. Auch sei die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gehälter der städt. Beamten und Angestellten angefaßt der Vorgänge beim Staat nicht von der Hand zu weisen. Was die Lebensmittelversorgung anbelange, so sei anzunehmen, daß sie sich bessern werde. Aus Großhändlerkreisen seien schon Zucker, Schmalz und Kaffee angeboten worden, allerdings zu sehr hohen Preisen. Die Städte würden aber wohl in nächster Zeit sich immer noch mit der Regulierung der Lebensmittelzufuhr befassen müssen. Die Versorgung mit Kartoffeln sei befriedigend gewesen. Für gewisse Notfälle sei auch noch ein bestimmter Vorrat vorhanden. Auch die Milchversorgung sei in letzter Zeit besser geworden. Trotz Einspruchs der Stadtverwaltung und Unterstützung durch den Bezirksrat habe aber das Ernährungsministerium verfügt, daß die Milchgewinnung von Abhängigkeit nach Calw

Bezug...
welchem...
Partei...
aufgefordert...
Bezirksleiter...
so das Mitglied...
abgab, von dem...
unbestimmt...
Schort...
die stam...
outhford...
hier andere...
die Nachrich...
and lehrte dies...
an der Weite...
rückzuführen...
onalverfam...
Entwurf...
egsabgabe für...
eine Kriegs...
eines Grunde...
steuergesetz...
Entwurf eines...
steuergesetz...
Zuckersteuer...
ntwurf eines...
27. Juni 1919
Göhne...
Gemeinderat...
beglückte die...
und wies so...
ne Gemeindeg...
geschaffen hat...
es habe den...
verantwortung...
lich gestiegen...
auch für not...
es Gemeindeg...
der neue Ge...
15 im alter...
dem Gedanken...
abschließung zu...
formaler, ver...
um dem Ge...
die wichtiger...
können, und...
rein formale...
te. Der Bor...
rblatt über...
Das Fi...
nunst sehr un...
g geschaffener...
angefächts der...
men erfordert...
großer Teil...
werden muß...
mit den Not...
akten werden...
ei, daß sich in...
en werde. In...
man sich aber...
g und Spar...
n. Der neue...
Buchen fertige...
werden, daß...
pendigkeit er...
das Gewerbe...
n k o m m e n...
die durch den...
herzorgereuen...
er Höhepunkt...
er und Mate...
ffen. Es ste...
ter und städt...
e Notwendig...
abt. Beamten...
im Staat nicht...
n s m i t t e l...
n, daß sie sich...
schon Zucker...
dings zu sehr...
hl in nächster...
er Lebensmit...
mit Kartoff...
e Notfälle sei...
n. Auch die...
orden. Trotz...
stützung durch...
ministerium...
ett nach Calw

auf Feuerbach übertragen werde, so daß neue Schwierigkeiten zu erwarten seien, da auch andererseits die Heuernte nicht so gut ausgefallen sei wegen der Trockenheit, und deshalb wieder mit Rückgang der Milchlieferung zu rechnen sei. In der Frage des WohnungsweSENS sei eine Besserung zu erwarten, die durch Einschränkung der Zugangskarten, sowie die Erfolge der Wohnungsschau erreicht worden sei. Die Wohnungsnot durch Erstellung von Neubauten städtischerseits zu beseitigen, werde man aber fassen lassen müssen, denn Materialien (wie Ziegel, Bausteine und Zement) seien nicht zu bekommen, und so werde man sich auf die bisherigen Maßnahmen beschränken müssen, obwohl die Zahl der Wohnungssuchenden noch recht erheblich sei.

Begünstigt der Lage des Schulwesens führte der Redner aus, daß die Erstellung des neuen Realschulgebäudes jetzt endgültig beschlossen sei, und daß man hoffe, den beabsichtigten Willen des Kollegiums bald in die Tat umsetzen zu können, wenn die Verhältnisse es erlauben. Von der Amtskörperschaft Calw sei der Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung der höheren Schulen von 1500 M auf 2500 M erhöht worden, ein entsprechendes an den Bezirk Nagold gerichteter Gesuch habe nach privaten Einkünften bis jetzt keine Aussicht auf Erfolg, daß Nagold beabsichtigt sei, die dortige Schule weiter auszubauen. Man werde aber wohl die Errichtung eines Zweckerhandes für die hiesige Realschule ins Auge fassen müssen. Das Schulgeld für die Volksschule sei nunmehr in Wegfall gekommen, und die Lokalfrage im großen ganzen geregelt. Bezüglich der Frage der Stadterweiterung werde es sich darum handeln, was die Zeit bringe. Katastergeometer Charrier sei schon damit beauftragt, Erweiterungspläne fertigzustellen. Die Erweiterung der Panoramafraße werde wohl davon abhängen, wenn das neue Amtsgerichtsgebäude erstellt werde. An die Schaffung eines Ortsbaustatuts werde ebenfalls gedacht werden müssen. In der Frage der Straßenverbesserung werde man an den Waldmühlweg und den Schießbergweg denken müssen. Zur Erhaltung der Straßen seien ja jetzt für verschiedene Zwecke Gelder angesammelt, so daß an ihre Verwendung herangetreten werden könne, denn die Straßenpflaster und Bürgersteige seien teilweise sehr verbesserungsbedürftig. Mit der Frage der Kanalisation und der damit im Zusammenhang stehenden, von der Medizinalkommission geprüften Schaffung einer Kläranlage werde man sich in den nächsten Jahren begreiflicherweise nicht zu beschäftigen haben, dagegen werde man aber eine Entwässerung in einzelne Stellen der Stadt vornehmen müssen. Die Wasserversorgung der Stadt befriedige, nachdem man eine zweite Pumpe für das Hochreservoir am Waldcafe eingestellt habe. Wenn jedoch der Kapellenberg erschlossen werde, werde man wohl an eine Höherlegung des Reservoirs denken müssen oder an den Anschluß der Schwarzwaldwasserleitung. Auch beim Gaswerk würden kostspielige Neuanschaffungen notwendig. Die Holzvergassung habe sich bewährt. Man werde sich jetzt auch mit der beschriebenen Anstellung eines Gasmeisters beschäftigen müssen. In allernächster Zeit werde man auch wieder infolge des fortwährenden Steigens der Materialpreise

und Löhne eine erneute Erhöhung des Gaspreises sowie der Strompreise für elektrisches Licht und Kraft eintreten lassen müssen. Im Stadt. Elektrizitätswerk werde die Aufstellung einer zweiten Akkumulatorenbatterie notwendig werden. Auch werden die Anschlüsse für die elektrische Laternenpumpe hergestellt werden müssen. Eine Verkehrsabfuhrordnung soll ausgearbeitet werden. Was das Friedhofswesen anbetrifft, so werde eine neue Friedhofsanordnung eingeführt werden und im Zusammenhang damit auch eine einheitliche Ausgestaltung des Friedhofs nach künstlerischen Gesichtspunkten, ebenso auch des Soldatenfriedhofs. In der Armenfürsorge werde man in Zukunft noch mehr zu tun bekommen als bisher. Die Fürsorgetätigkeit werde in verschiedener Richtung einzusehen haben. Namentlich werde man bestrebt sein müssen, die Lage der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern und der Kriegsbeschädigten zu verbessern. Zu diesem Zweck sei auch der Grundstock von 20000 M gedacht, den die bürgerlichen Kollegien zur Unterstützung der durch den Krieg Geschädigten und zur Erziehung der Gefallenen aus Mitteln angelegt haben. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen mit der Bitte an die Mitglieder des Gemeinderats, sie möchten nach Kräften mitwirken an der Lösung der bevorstehenden schweren Aufgaben; und es möchten dabei alle Kräfte zusammengefaßt werden in einmütiger Arbeit. Mit Dank werde er es begrüßen, wenn alle Mitglieder der Stadtverwaltung auf allen Gebieten Unterstützung und Anreuerung zuteil werden lassen. Es wurde sodann die Beeidigung der neu eingetretenen Mitglieder vorgenommen, deren Eintritt in das Kollegium der Vorsitzende mit dem Wunsche begrüßte, daß ihre Tätigkeit zum Segen der Stadt gereichen möge.

Das Kollegium trat sodann in die Beratung der Tagesordnung ein. Als erster Punkt wurde die Frage der Schaffung einer gemeindevirtuellen Verwaltungsteilung in Angriff genommen, die nach der Erklärung des Vorsitzenden möglichst viele Gegenstände von untergeordneter Bedeutung zu erledigen hätte, die sonst dem ganzen Kollegium unterbreitet werden müßten. Geplant sei die Schaffung einer Bauabteilung und einer Fürsorgeabteilung, die die in diese Gebiete hereinfallenden vielen rein verwaltungstechnischen Geschäfte zu erledigen hätte. Der Vorsitzende meinte, es könne dann vielleicht auch daran gedacht werden, dieser Abteilung die Funktionen eines Ausschusses zu übertragen, der vorbereitenden Charakter annehmen könne, beispielsweise auch in der Vorbereitung des städt. Voranschlags. — G.-R. Pfrommer warnte vor der Gefahr, daß durch solche Abteilungen wichtige Sachen behandelt würden, die eigentlich das ganze Kollegium interessieren. — G.-R. Staudenmeyer erklärte sich mit den Vorschlägen im allgemeinen einverstanden, aber auch er machte Bedenken geltend gegen eine zu weitgehende Vollmacht dieser Abteilung, wie sie aus dem Entwurf sich herausbilden könne. Zur Beratung der Fragen über den Umfang der Zuständigkeit dieser Abteilung wünschte er die Wahl einer Kommission von 6 Mitgliedern, die entsprechend der Stärke der Parteien gebildet werden könnte. — G.-R. Pfrommer wandte sich gegen die Bildung nach parteipolitischen Gesichtspunkten, dagegen

wurde von demokratischer wie sozialdemokratischer Seite der Auffassung entgegengetreten, als wolle man die kommunalen Aufgaben vom Parteistandpunkt aus behandeln. Auch von Seiten der Bürgerpartei wurde der Zusammensetzung auf die vorgeschlagene Weise aus Zweckmäßigkeitsgründen zugestimmt. In die betreffende Kommission wurden sodann nach dem Vorschlag der Parteien die Herren Baumbach, Dreiß und Staudenmeyer, sowie als Ersatzmann Georgii von der Deutschen Demokratischen Partei, May und Schiele, sowie Stör als Ersatzmann von der Sozialdemokr. Partei, und Pfrommer sowie Sannwald als Ersatzmann von der Bürgerpartei berufen. — Der vorgeschlagene Erhöhung der Sitzungsgelder für die Gemeinderatsmitglieder von 2 M auf 3,50 M wurde zugestimmt. G.-R. May gab bei diesem Anlaß dem Wunsch seiner Fraktionsgenossen Ausdruck, die Sitzungen möchten möglichst so angelegt werden, daß durch die Teilnahme an denselben keine oder recht wenig Arbeitszeit weggenommen werde. — Der Vorsitzende sagte diese Rücksichtnahme zu; es sei beabsichtigt, die Sitzungen, falls nicht besonders große Angelegenheiten der Erledigung harren, um 5 Uhr zu beginnen, und sie nicht über 7 Uhr auszudehnen. (Fortf. folgt.)

Gemäldeausstellung.

Im Schaufenster der Buchhandlung Opp sind einige Aquarelle ausgestellt. Als Gaben für bessere Geschenke sind sie sehr preiswert.

Sch. Illingen, O. B. B. 26. Juni. Vor acht Tagen wurde die Metzgerei des R. Schwerdtle zum „Bamm“ hier infolge Schwarzschlächtere geschlossen. Schwerdtle hat den Viehbestand in der Gemeinde stark geschmälert und das Fleisch zu hohen Wucherspreisen zum weitaus größten Teil nach Pforzheim verkauft, während die Einwohner sich mit fleischlosen Wochen abfinden mußten. Die Sache liegt in den Händen der Staatsanwaltschaft.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

Sonntag (2. Sonntag n. Trin.) den 29. Juni: Sonntag, 29. Predigt: 13. „Jesus ist kommen“, 8 Uhr Frühpredigt, Stadtpf. Schmid, 9 1/2 Uhr: Hauptpredigt, Dekan Zeller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen des jüngeren Jahrgangs. — Donnerstag, 3. Juli, 8 Uhr abends: Bestunde, Stadtpf. Schmid.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag (Fest Peter und Paul) den 29. Juni: 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr: Predigt und Amt, 1/2 2 Uhr: Christenlehre. 2 Uhr: Andacht. — Montag, 30. Juni: Gottesdienst in Bad Teinach.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag den 29. Juni: Morgens 10 Uhr und abends 8 Uhr: Predigt, W. Firl. Morgens 11 Uhr: Sonntagsschule. — Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Sellmann, Calw, Druck und Verlag der A. Häßliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.



Lebensmittelskartenabgabe am Montag den 30. Juni vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr in der seitherigen Reihenfolge. Gleichzeitig werden die Fettmarken Nr. 4, sowie Fettell- u. Bezugsmarken für 1 weiteres Kg. Einmachzucker ausgegeben. Letztere Marken lauten irrtümlicherweise auf 2 Kg., doch kann hierauf nur 1 Kg. abgegeben werden. Der Zucker muß bis spätestens 4. Juli bestellt sein. Die Karten sind sofort beim Empfang nachzuzählen; für angeblich zuwenig erhaltene kann später kein Ersatz geleistet werden.

Bekanntmachung.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß die **Männer- und Frauenschwimmbad** wieder geöffnet ist.

Die Badezeiten für alle Bäder sind:
von 9 Uhr bis 1 Uhr vormittags und
von 1/2 3 Uhr bis 7 Uhr nachmittags.

Samstag und an Tagen vor Feiertagen bleibt die Anstalt auch während der Mittagszeit und abends bis 8 Uhr geöffnet. Das gleiche gilt für die Warmbadeanstalt Brödingen. Kassenschluß jeweils 1/2 Stunde vor der angegebenen Schlußbadezeit.

Es gelangen folgende **Bäderarten** zur Anwendung:
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder, Heißluft-, Dampf-, Strahlbäder und Massagen, Packungen in Vulkanischlamm (Fango), Behandlung in neuzeitlichen Heißluftapparaten, Sitz- und Halbbäder, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Moor-, Fichtennadel-, Salz-, Sool- und Lohthanninbäder.

Schwimmunterricht in der Männer- und Frauenschwimmbad ist möglich.

Das Hundebad ist Mittwochs während der üblichen Badezeit geöffnet.

Städt. Bäderverwaltung Pforzheim.
Weiland.

Gefunden

wurde am Sonntag nachmittag auf dem Wege von Javelstein nach Calw ein **Handtäschchen mit Gelbenteln, Gelbbetrag.** Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Entlaufen

Forterrier

weiß mit schwarzem Fleck und Kettenhalsband. Wurde vermutlich von 2 Hürtenbinder entwendet. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben **Haus Waldeck, unterer Teuchelweg.**

Wolfshund,

Rübe, zugekauft. Er kann gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr abgeholt werden. **Georg Kraft, Liebenzell.**

Tabak-Pflanzen, sowie rote Rüben- und Zwiebelfestlinge

empfiehlt **Philipp Mast, Handlungsgärtner, Bahnhofsstraße.**

Badewanne

guterhalten bezw. Bad-Einrichtung gesucht. Angeh. unt. S. B. 71 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Heirat

sucht tüchtiger, fleißiger Arbeiter, ev., 43 Jahre alt, Junggeselle, der seither mit seiner kürzlich verstorben. Mutter zusammenlebte, mit bravem Mädchen oder jüngerer Witwe im Alter von 28-38 Jahren. Etwas Vermögen erwünscht. Angebot (mit Bild) bef. die Geschäftsstelle des Blattes.

Russische Dame wünscht Unterricht in der deutschen Sprache.

Schriftliche Angebote an **Villa Adam, Hirsau.**

Ziehharmonikas,

31 Stück gebrauchte, von 10 Mark an hat zu verkaufen. Ziehharmonikamacher **Gebr. Hohner, Pforzheim, Bergstraße 27.** Umtausch gestattet.

Neue Verzeichnisse der Fernsprechanstalten

sind im Kontor des Blattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.

Tabakpflanzen

Nähfaben, schwarz und weiß, beste Zellstoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberollen M. 4.40. S. Filigge, München 45/82. Interessante Bücher. Verzeichnisse gratis und franko. **Wagner Verlag München 23/80.**

Lebensmittelverteilung für die Landorte.

Berichtigung.

Die Preise für Weich- und Hartkäse betragen Mk. 1.25 bzw. Mk. 2.20 pro Pfund und nicht wie in Nr. 144 ds. Bl. angegeben Mk. 1.75 und 2.70.

Der Kommunalverband.

Gesucht ein anständiges, fleißiges **Serviermädchen,** Wohnung im Hause. Ebenso ein tüchtiges, braves **Mädchen** für Küche und Hausarbeit, gegen guten Lohn.

Röchin,

erfahrene perfekte, die noch etwas Hausarbeit übernimmt (Zimmernädchen vorhanden) zum sofortigen Eintritt gesucht. Gehalt 60 bis 70 Mark nach Uebereinkunft. **Beuscher, Karlsruhe i. B., Kriegsstraße 124.**

Bad Liebenzell.

Franzbranntwein

gegen Haarausfall ist wieder eingetroffen. **A. Genthner, Friseurgeschäft.**

Postkarten

Briefbogen

Briefhüllen

liefert die Druckerei dieses Blattes.

Frische Sendung

Tabakpflanzen

ist eingetroffen und kann sofort verkauft werden das 100 zu Mk. 7.— **Michael Röcher, Schmied.**

Dreher

Flaschner

Revolver-Arbeiter

gesucht. **Haas & Flohr Unterreichenbach.**

Lehrlings-Gesuch.

Ein Junge, der Lust hat die Bäckerei zu erlernen, findet gute Lehrstelle und kann sofort eintreten bei **Georg Walz, Bäckermeister, Pforzheim, Güterstr. 69**

Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr
findet im Gasthof zum „Bad. Hof“ in Calw eine
Bezirkskonferenz d. Arbeiter-Räte
des Oberamts Calw statt.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu dem Beschlus der würt. Landesversammlung betr. Aufhebung der A., B. und S.-Räte
2. Wahl eines Delegierten zur Landesversammlung der A., B. und S.-Räte am 7. Juli.
3. Kurgastwesen und Lebensmittelversorgung.

Die Arbeiter-Räte des Oberamts werden gebeten, hierzu vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorsitzende: R. Störr.

Hirsau, Hotel Hirsch und Lamm.

Sonntag, den 29. Juni



Elite-Konzert
(mit Tanzkränzchen).

Dazu ladet ergebenst ein

W. Diebel.

Achtung! Nächsten Sonntag, den 29. ds. finden im Gasthaus zum „Hirsch“ in Röttenbach **komische Aufführungen mit Musik-Unterhaltung** von einem berühmten Komiker statt. **Achtung!** Anfang Nachmittag 2 Uhr.

Wildbad.

Versteigerung.

Am Mittwoch, den 2. Juli 1919, von vormittags 9 Uhr an, kommen in der Villa Wartburg, Kernerstr. 25, wegen Aufgabe der Fremdenpension folgende Gegenstände zur Versteigerung:

19 Betten, bestehend aus Bettstelle, Kopf, Keilkissen, Kopfkissen, Oberbett und 2 Kissen, 13 Nachttische, größtenteils mit Marmorplatte, 4 Sofa, 3 Chaiselongue, 4 Fauteuil, 4 Waschkommode mit Marmorplatte, 1 Schreibtisch, 5 Kleiderkästen, ferner Kommode, Rohr- und Polsterstühle, Spiegel, Handtuchständer, 1 größeren Posten Bettvorlagen, Bodenteppiche, Vorhänge, Tischbecken, Waschgeschirre und noch sonstige Haushaltungsgegenstände.

Die Gegenstände können zu jeder Zeit besichtigt werden.

Bodenöl, Putztücher, Stahlspäne, Bodenwische, ferner sonst. Putzartikel empfiehlt Fr. Lamparter.

Wo kauft der Landwirt seine Maschinen?
Grosses Lager. Fachmännische Bedienung. Eigene Reparaturwerkstätte. Besichtigen Sie das Lager. Holen Sie Preise ein.

in der **Maschinenhandlung**
Max Zucker, Telefon 41
Weilderstadt

Paul Räuchle, vorm. J. Steudle
Calw, am Markt.

Bekleidung. = Ausstattung.

Das Geschäft ist vom Samstag ab geöffnet.

Das Lager ist neu sortiert und enthält nur preiswerte Waren.

Daselbe kann jederzeit ohne Kaufzwang besichtigt werden.

Paul Räuchle, vorm. J. Steudle
Calw, am Markt.

Gesundung durch Sauerstoff!

Das natürliche gillfreie Heilverfahren, ohne Berufsberatung bei

Nervan- u. Stoffwechselliden

Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden, unreinem Blut usw.

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Achtung! Schuhmacher!

Es werden aller Art

Schäfte

je nach Wunsch angefertigt unter Garantie für schöne und gute Arbeit. Mäßige Preise und baldige Erledigung wird zugesichert.

Schäftefabrik M. Reich, Meherstraße 15, Pforzheim.



Singhühner

u. Jungenten

noch größere Anzahl abzugeben, Landrasse, 6-7 Monat alt, à 18-20 Mark.

Jungenten, 6 Wochen alt, à 10 Mk., ältere 12-15 Mk. Kassefügelhof Wagner, Enzweihingen, Wittbg.

Althengst, Einen 9 Monate alten

Stier verkauft V. Schwarz.

Gartenschlauch,

guterhalten, (Friedensware) zu verkaufen.

J. Steudle, Marktpl. 45.

2 guterhaltene

Bettstellen

zu verkaufen. Altburgerstraße 247.

Sedelmaier, Schneider,

Leberstraße 168.

Anfertigen sämtl.

Herren-Garderobe

sowie Wenden, Aufbügeln, Ausbessern.

Nach Damen- und Kinderkleider werden angenommen. Pünktliche Bedienung, billige Preise.

Damen-Blusen

Damen-Schürzen

eingetroffen bei Desterlin, Hirsau.

Natur-

Haarzöpfe

in allen Farben empfiehlt Friseur Odermatt, bei der kath. Kirche.

Schuhleisten

sind eingetroffen.

Albert Wochle, Lederhlg. Besonderer Umstände halber zu verkaufen: Ein beinahe neuer Landsberger

Karrenpflug

(Selbstführer) mit Stielrad, Hack- u. Häufelhörner im Sand- u. leichterem Lehmboden tadellos arbeitend, ferner noch eine neue

Kreissäge

für Lang- und Querschnitt. Wer f. d. Geschäftsst. ds. Bl.

Eingetroffen:

baumwollene und wollene

Webgarne

Heinr. Rühle, Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag, den 28. Juni, nachmittags 2 Uhr im Hause des Herrn Privatier Seeger, Bahnhofstraße gegen Barzahlung:

1 Saloneinrichtung (1 Plüschsofa, Fauteuil u. 4 Sessel), verschied. Tische, Nippische, 2 Kisten, 2 Kinderbettläde, Kinderstuhl, Kinderwagen, 6 Sessel, 1 Schreibpult, Reisekoffer, Hundshütte, Pflanzenpresse, Schlitten, Kübel, 1 Krautstande, Bilder und Spiegel, Ständer, Lampen, 1 Nähmaschine, sowie 1 Zimmermannshandwerkzeug.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Bad Liebenzell.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Wohnungs-Einschränkung verkauft am Dienstag, den 1. Juli nachmitt. von 1/2 2 Uhr an im Hause der Frau Emma Böker (Geschwister Rau) Carlstraße 185 gegen Barzahlung:

1 roth. Plüschgarnitur, Sofa mit 6 Sesseln, 3 vollständige schöne Betten mit guten Federn und Kopfkissen, 3 Nachttische, 2 lak. Kisten, gestickte und andere Sessel, 1 Gartentisch und 4 Stühle, Kleider- und Büchertische, 1 Spiegel mit Goldrahmen, Galerien, Auszugstisch mit Platten, 1 schöne Standuhr mit Glasglocke, Spülbecken, Waschgarnituren, Küchengeräte, 2 kleinere Fässer von 100 Ltr. an, 1 Ofen, sowie allgemeinen Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk Calw

sind in der Geschäftsstelle ds. Bl. das Stück zu 20 Pfg. erhältlich.